

Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik - Eine Bilanz (2004 - 2012)

Dr. Detlef Riemer

Vorbemerkung

Die Analyse des Jahres 2004 (s. den Beitrag „[Grundlinien für eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in Deutschland](#)“) gilt uneingeschränkt weiter! Allerdings haben sich durch die Tagespolitik in den vergangenen knapp 10 Jahren Neuerungen ergeben, die nicht unbeachtet bleiben dürfen.

Ogleich das wirtschaftliche Wachstum des BIP (preisbereinigt) in der Bundesrepublik - wie vorausgesagt - in der ersten sowie auch in der zweiten Dekade dieses Jahrhunderts durchschnittlich pro Jahr in der Spannweite zwischen + 1% und dem Wert 0 lag und liegen wird – wobei auch ein Abgleiten in eine kürzere oder längere Rezession nicht ausgeschlossen werden kann -, setzen mit einer nahezu unverständlichen Hartnäckigkeit alle im Bundestag vertretenen politischen Parteien auf ein hohes Wachstum des BIP. Von der vorherrschenden Faktenlage her unverständlich, vom weltweit vorherrschenden Konsens dagegen nachvollziehbar, fordern doch alle großen Industrienationen das wirtschaftliche Wachstum um jeden Preis, auch dem Preis der weiter anschwellenden Staatsverschuldung. Das internationale „Wachstumsforderungsspiel“ erinnert an einen Luftballon, der durch immer weiteres Aufpusten (Verschuldung) größer und größer wird, bis dieser platzt.

Die aktuell anvisierte Rettung des Euros und auch des Euroraumes hat sicher im globalen Kontext einen hervorragenden Stellenwert, da nur so der Einfluss Europas im weltweit wirtschaftlichen Zusammenspiel erhalten werden kann. Dies setzt aber verlässliche Interaktionen der europäischen Staaten, unter Hintanstellung der einzelnen nationalen Interessen voraus. Was einem wirksamen europäischen Zusammenschluss fehlt, ist eine einheitliche von allen Euro-Bürgern gesprochene Sprache (notfalls Esperanto).

Die gemeinsame Währung hat erkennbar zu wenig bindende Kraft. Den Euro um jeden Preis zu erhalten – bei deutlich divergierenden wirtschaftlichen Standards in den einzelnen europäischen Ländern –, wird zumindest Deutschland sehr viel Geld kosten. Die bereits sehr hohe deutsche Verschuldung (mehr als 80% des BIP) wird dadurch weiterhin erhöht. Damit wächst die Gefahr, dass die BRD zukünftig zum Spielball der Geldgeber¹ (der Finanzmärkte) werden kann. Statt wie gegenwärtig für „frisches“ kurzfristiges Geld nur 0% Zinsen zu zahlen und für längerfristiges Geld 2 – 3%, könnte dann ein Zinssatz von 6% und mehr drohen, wie ihn bereits Griechenland, Italien, Portugal, Irland etc. zu entrichten hatten.

Bleiben wir bei Deutschland: Statt 40 Milliarden wie im Jahre 2002 sind für die Bedienung der Zinsschuld des Bundes im Bundeshaushalt 2013 lediglich 33 Milliarden nötig (!), und dies bei drastisch höherem Verschuldungsgrad. Insofern profitiert die Bundesrepublik von der Staatsschuldenkrise in Europa kräftig. Das Blatt kann sich aber sehr schnell wenden: Sollte längerfristig ein durchschnittlicher Zinssatz von 4 - 5% fällig werden, bedeutet dies eine Verdopplung der Zinslast. Statt 33 Mrd. pro Jahr würden 66 Mrd. jährlich fällig, und dies unter der Voraussetzung stagnierender Verschuldung, was bei steigenden Zinssätzen

¹ Der Refinanzierungsbedarf der BRD im Jahre 2013 beträgt 180 Mrd., u.U. sogar mehr (vgl. FAZ vom 21.12.2012, S. 22)

sehr unwahrscheinlich ist! Um 33 Mrd. zusätzlich zu finanzieren, müsste die Mehrwertsteuer um 5% Punkte erhöht werden (z .B. von 19% auf 24%). Unabhängig von der Entwicklung des Zinsfußes aber hat die Nettokreditaufnahme bereits einen Wert erreicht, der eine weitere Verschuldung Deutschlands nicht mehr zulässt. „Nun sind die Staaten selbst an die Grenzen des Tragbaren geraten. Im Euro-Durchschnitt liegt die Schuldenquote nahe an der Schwelle von 90%, von der an die hohen Lasten das Wachstum dauerhaft vermindern.“²

Der Exportboom Deutschlands geht unbegrenzt weiter und stärkt damit weiterhin das – schwache - Wachstum des bundesrepublikanischen BIP! Diese Ausfuhrlastigkeit stößt auf vermehrte Kritik. Nicht nur Amerika, Frankreich und Griechenland werfen Deutschland eine übermäßige Exportorientierung vor. Selbst die EU-Kommission hat dieses Jahr erstmals einen Bericht über makroökonomische Ungleichgewichte in Europa vorgelegt. „Sie untersucht künftig regelmäßig, ob im Durchschnitt der letzten drei Jahre ein Leistungsbilanzdefizit von mehr als 4% des BIP oder ein Überschuss von über 6% des BIP bestand (Deutschland aktuell 6,05% BIP)³. Somit werden die Weichen zukünftig auf Absenkung gestellt werden.

Mit dem Handelsbilanzplus gegenüber nahezu allen europäischen Partnerländern hängt noch ein weiteres gravierendes Problem zusammen. Durch das Mehr an gelieferten gegenüber abgenommenen Waren sind Geldforderungen entstanden, die nicht ausgeglichen worden sind. Ein Kollabieren der Währung EURO könnte somit auch für die Bundesrepublik zu einem finanziellen Desaster werden.

Neben dem Zinseffekt und der positiven Handelsbilanz hat der Lohnverzicht der deutschen Arbeitnehmer - zumindest gemessen am innereuropäischen Vergleichswert (Lohnstückkosten) - dazu beigetragen, dass die wirtschaftliche Gesamtsituation in der Bundesrepublik besser ist als in den meisten anderen europäischen Ländern. D. h. die Arbeitslosigkeit steigt in Deutschland gegenwärtig nur geringfügig an.

Allerdings sind zwei Tendenzen im deutschen Arbeitsmarkt zu erkennen, die neue Bedenken hervorrufen: 1. Die Löhne wurden in einigen Branchen so weit abgesenkt, dass diese das Existenzminimum des Arbeitnehmers nicht mehr gewährleisten und den Staat zwingen, diese Personen durch Aufstockungsmaßnahmen – aus Steuermitteln – zu alimentieren. 2. Wird zukünftig verstärkt wieder auf den - zu akzeptierenden - Einsatz des Instruments der Kurzarbeit rekurriert werden müssen, der ebenfalls einen Rückgriff auf Steuermittel erforderlich macht. Beide Variablen haben (positive) Rückwirkungen auf die Arbeitslosenstatistik, die insofern die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht korrekt widerspiegelt, und es auch - im Gegensatz zum Jahr 2004 – deutlich schwieriger macht, die genaue Größe der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen vorauszusagen. Generell ist natürlich bei dem unterstellten minimalen Wachstum des BIP in diesem Jahrzehnt bestenfalls mit einer Stagnation, eher aber mit einem Anstieg der Zahl der Arbeitslosen zu rechnen.

Neben diesem wirtschaftlichen Problembereich ist die Demographie und damit die Geburtenplanung in den Vordergrund zu rücken. Effektive Geburtenplanung braucht heute finanzielle Sicherheit. Kinder gelten weiterhin als Privatsache der Eheleute. Im 19. Jahrhundert waren eigene Kinder für die Eltern notwendig, um die damals noch überwiegend auf und vom Lande lebenden Eltern im Alter zu ernähren. Mit der aufkommenden Industrialisierung, sozialpolitischer Gesetzgebung und der damit verbundenen geringeren Notwendigkeit der ökonomischen Absicherung durch eigene Kinder (Einführung der Altersrente), wandelte sich der Stellenwert von Kindern in der Familie. Sie wurden mehr und mehr zu Wunschkindern, die allerdings Kosten verursachten. Die Folge war eine deutlich sinkende Zahl von Kindern pro Familie. Die Gesellschaftspolitik reagierte auf diesen Wandel zögerlich: hier eine steuerliche Erleichterung, da ein wenig mehr Kindergeld.

² Philip Plickert: Europas Konjunkturgefälle, in FAZ vom 15.8.2012, S. 9

³ vgl. FAZ vom 14. 8.2012, S. 9

In der Zeit von 2004 bis 2012 sind weitere Trippelschritte – durchaus in die vermeintlich richtige Richtung - unternommen worden. Die Einführung eines Erziehungs-/Elterngeldes, der Ausbau des Kontingents an Kitaplätzen, die Etablierung eines Betreuungsgeldes sind als Anreiz gedacht, den Wunsch nach eigenen Kindern zu realisieren. Idealtypisch wird dabei an die intakte Familien des 19./20. Jahrhunderts gedacht, die doch nur rudimentär noch vorhanden ist. 31% aller Geburten erfolgen unehelich, und mehr als ein Drittel aller Ehen werden geschieden. Längst wissen alle jungen Frauen in Deutschland, dass eine Familiengründung keine ökonomische Sicherheit mehr bietet und nur das Berufsleben finanziellen Schutz zu bieten vermag.

In einer im Oktober 2012 vorgelegten Studie „Zukunft mit Kindern“ drängen 21 Experten und zwei Wissenschaftsakademien darauf, Paaren verlässliche Angebote von Zeit, Geld und einer Betreuungsstruktur zu machen und das Wohlergehen von heutigen Eltern und Kindern in den Mittelpunkt zu stellen. Sie empfehlen die Weiterentwicklung von staatlichen Transferleistungen zu einer universellen Kindergrundsicherung. „Eine Kindergrundsicherung bündelt sämtliche kindbezogenen Transferleistungen in einer einzigen existenzsichernden und zu steuernden Leistung für alle Kinder. Sie koppelt alle Transferzahlungen an das Vorhandensein von Kindern im Haushalt. Ziel ist die unmittelbare Sicherung des materiellen Wohlbefindens von allen Kindern, eine erwünschte Folge ist die Gleichstellung unterschiedlicher familialer Lebensformen.“ „Gleichzeitig hat die Kindergrundsicherung den Vorteil, eine Stigmatisierung von Familien durch Bedürftigkeitsprüfungen zu vermeiden, da grundsätzlich alle Familien von der Leistung profitieren und eine entsprechende Umverteilung über die Besteuerung erfolgt“. „ Die Wahrscheinlichkeit einer Umsetzung solcher Pläne steigt, wenn sie mit konkreten Vorschlägen zu einer Gegenfinanzierung verbunden sind. Entsprechende Überlegungen sollten daher auch von politischer Seite konkretisiert werden.“⁴

Die vielen Vorschläge zur künftigen Lage der Kinder sind aner kennenswert. Leider lässt die Studie die Situation der Mütter und ihre spezifischen Probleme weithin unberücksichtigt. Daher die folgenden Ausführungen:

Es gibt einen unleugbaren Unterschied zwischen Männern und Frauen. Nur Frauen können Kinder gebären! Somit ist ihre Lage in dieser Problematik besonders zu betrachten. Generell gilt: mit der Geburt eines oder mehrerer Kinder wächst für die Frauen die Gefahr, in eine ökonomische Zwangslage zu geraten. Besonders in Bezug auf die Alleinerziehenden zeigt sich die Ignoranz der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Chancen, eine „kinder gerechte“ Beschäftigung zu finden, sind gering. Es mangelt an adäquaten Teilzeitbeschäftigungen. Die Aufnahme eines oder gar mehrerer 400 Euro-Jobs erfordert viel Zeit, ohne eine angemessene Entlohnung zu bieten. Diese Mütter stehen permanent nicht nur unter zeitlichem, sondern auch unter finanziellem Druck. Dabei leisten sie für das Weiterbestehen unserer Gesellschaft einen bedeutenden Beitrag!

Hat man sich in den einzelnen politischen Parteien Deutschlands schon einmal Gedanken gemacht, wie viele aufgrund der sozialen Indikation abgetriebene Kinder hätten gerettet werden können, wenn den Mütter eine verlässliche finanzielle Unterstützung während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes zugesagt worden wäre?!

Die Kosten für ein dreijähriges Berufssalär von Müttern können bei einer (wohlwollend) unterstellten Nettounverschuldung, geringem Bruttoinlandsproduktzuwachs, verringertem Handelsbilanzüberschuss und sinkender Arbeitszeit pro Arbeitnehmer nur dann realisiert werden, wenn man das Besteuerungssystem völlig neu gestaltet. Nicht länger der einzelne Ehemann/Kindesvater ist für den Unterhalt seines Kindes bzw. der Ehefrau zuständig, sondern die Gesamtheit der Männer. Und auch erwerbstätige kinderlose Frauen sollten über die Steuer ihren Solidarbeitrag für diese Grundsicherung (Muttersalär) erbringen.

⁴ *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW); Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina (Hg.): Zukunft mit Kindern. Mythen, Kernaussagen und Empfehlungen zu Fertilität und gesellschaftlicher Entwicklung. Berlin 2012. In world wide web (18.01.2013): <http://www.zukunft-mit-kindern.eu/empfehlungen/empfehlungen>*

Das beinhaltet für die Ehemänner/Väter eine totale finanzielle Entlastung beim Pflicht-Unterhalt für Frau und Kind zugunsten einer neuen festzulegenden kollektiven Steuer unabhängig von Ehe- und Familienstand, die dann die notwendigen Beträge für die Bezahlung der Kindergrundsicherung bzw. des Muttersalärs bereitstellt. Für weitere steuertechnische Überlegungen, empfiehlt sich die Studie „Zukunft mit Kindern“.

Ob eine Mutter ihr zukünftiges Salär für einen Kitaplatz, eine Tagesmutter oder verwandtschaftliche/bekanntschaftliche Betreuung einsetzt, wenn sie - ihrem eigenen Wunsche folgend - weiterhin in den ersten drei Lebensjahren ihres Kindes erwerbstätig sein möchte, bleibt ihr überlassen. Das „Herdprämien“ – Argument trifft somit nicht zu!

Unabhängig vom Familienstand müssen Mütter eine verlässliche und finanziell ausreichende, also existenzsichernde Situation vorfinden, wenn sie ohne finanzielle Bedenken zum Kind „ja“ sagen wollen.

Januar 2013, Dr. Detlef Riemer